

FSP Liste 3 **Rot-Grüne Liste** FakRat Liste 3 an der Juristischen Fakultät

Wie viel hat das Jurastudium noch mit Gerechtigkeit zu tun?

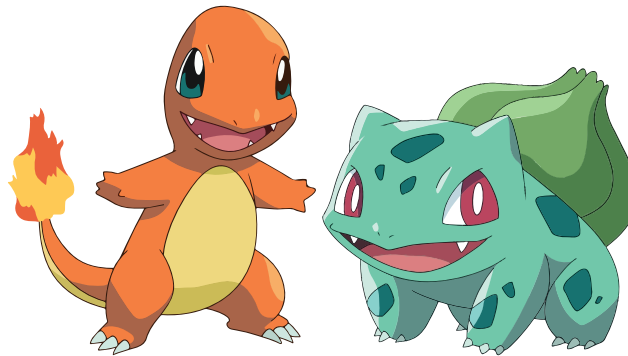
Chancengleichheit und Belastung im Jura-Studium

Das Jura-Studium in seiner bisher bestehenden Form ist in der Art, wie es privilegierte Studierende bevorzugt und Leistungsdruck aufbaut einzigartig rückständig in Deutschland. Schon zu Beginn des Studiums wird Studierenden, welche sich nicht mit ihren gesamten finanziellen und zeitlichen Ressourcen auf das Studium konzentrieren können, der Einstieg erschwert. Eine Verlängerung der Zwischenprüfungsfrist aufgrund von besonderen sozialen Umständen ist nicht vorgesehen. Auch der Umstand, dass Zwischenprüfungsklausuren nur einmal im Semester geschrieben werden können fördert die Chancenungleichheit und baut eine psychische Belastung für die Studierenden auf, welche zusätzlich durch ein demotivierendes und unrealistisches Notensystem katalysiert wird. Der durch die Dozierenden vermittelte und allgegenwertige Leistungsdruck führt zu einer Belastungssituation, welche einer kreativen und kritischen Auseinandersetzung mit der Wissenschaft entgegensteht. Studierende, welche auf BAföG angewiesen sind haben zusätzlich noch das Problem, dass die Förde-

rung im Regelfall nach der Regelstudienzeit, (neun Semester) wegfällt. Dass die Durchschnittsstudienzeit

Rot-Grüne Liste

Gemeinsam sind wir stark!



bis zum ersten Staatsexamen jedoch elf Semester beträgt bleibt bei der Vergabe unberücksichtigt. Der Druck schneller mit dem Studium fertig zu werden belastet und hat zudem Einfluss auf die Noten.

Am Ende des Studiums steht die reformierungsbedürftige Tortur der Staatsexamen-Prüfungen. Das nach einem jahrelangen Studium sechs schriftliche und eine mündliche Prüfungen 70% der Endnote ausmachen sollen ist schlichtweg unverhältnismäßig und spiegelt nicht den Anspruch wieder, welcher an die zukünftige Generation von

Jurist*innen gestellt werden sollte. Stumpfsinniges Auswendiglernen, Reproduzieren von Fällen und Rechtsprechung wird hier dem kritischen Umgang mit der Wissenschaft vorgezogen. Nicht nur der Erhalt, sondern die Stärkung und Verbesserung der Qualität des Schwerpunktbereiches, sowie die Berücksichtigung von Leistungen aus dem gesamten Studienverlauf können einen Schritt weg von der althergebrachten Wissensreproduktion, hin zu einer richtigen Wissenschaft darstellen.

Wir fordern Chancengleichheit und psychische Entlastung, um die Möglichkeit eines kritischen, selbstbestimmten und guten Studiums zu ermöglichen.

Kandidierende für den Fakultätsrat (Liste 3)

1. Jens Matthis Huster
2. Stephanie Thiel
3. Philipp Hobein
4. Juliane Grossmann
5. Jasper Romanski
6. Larissa Martha Freudenberger
7. Christoph Schuch
8. Lara Weber
9. Thien Nam Lam
10. Katharina Flechsig
11. Tobias-Jan von Gostomski
12. Vanessa Ozegovic
13. Kevin Barth
14. Elisabeth Marie Spiecker
15. Yunes Emir
16. Alexandra Isabell Lorek
17. Daniel Friedrichs
18. Liz Mathy
19. Moritz Grisel
20. Pauline Haberland
21. Simon Bieda
22. Maj-Britt Sundqvist
23. Carl Friedrich Doyé
24. Melisa Zengin

Kandidierende für das Fachschaftsparlament (Liste 3)

1. Jens Matthis Huster
2. Stephanie Thiel
3. Philipp Hobein
4. Juliane Grossmann
5. Jasper Romanski
6. Larissa Martha Freudenberger
7. Simon Bieda
8. Lara Weber
9. Tobias-Jan von Gostomski
10. Liz Mathy
11. Moritz Grisel
12. Maj-Britt Sundqvist
13. Carl Friedrich Doyé
14. Elisabeth Marie Spiecker
15. Daniel Friedrichs
16. Pauline Haberland
17. Yunes Emir
18. Melisa Zengin
19. Kevin Barth
20. Vanessa Ozegovic
21. Christoph Schuch
22. Katharina Flechsig
23. Jonas Benno Nowak
24. Thien Nam Lam
25. Alexandra Isabell Lorek

Liebe Menschen,

Wir, die Rot-Grüne Liste an der juristischen Fakultät sind ein Zusammenschluss von Studierenden, mit einer politischen Vision für das gemeinsame Lernen, Lehren und Leben an der Fakultät. Wir bestehen aus Mitgliedern der Grünen Hochschulgruppe, der Juso-Hochschulgruppe und anderen politisch aktiven Studierenden. Wir haben als neue linke Liste an der Fakultät den Anspruch die Studierendenschaft zu vertreten, welche sich kritisch mit dem Studium auseinandersetzt und bereit ist erprobte Pfade zu verlassen. Wir haben eine andere Vorstellung vom fakultären Alltag. Wir stehen für eine soziale, ökologische, feministische, internationalistische und antifaschistische Idee ein.

Soziales

Noch viel zu häufig beeinflussen die finanzielle Lage, die Herkunft und andere soziale Umstände den Erfolg im juristischen Studium. Die Signifikanz dieser Faktoren muss beglichen werden.

Wir fordern:

- Die Möglichkeit der Verlängerung der Zwischenprüfungsfrist bei soziale Härtefällen.

(Dazu müssen sozialen Härtefälle (pflegebedürftige Angehörige; Notwendigkeit der Arbeit neben dem Studium; o.ä.) als Grund zur Verlängerung der Zwischenprüfungsfrist aufgenommen werden und der Zwischenprüfungsausschuss paritätisch mit Dozierenden und Studierenden besetzt werden.)

- Zur Sicherstellung der Chancengleichheit muss das Uni-Rep besser als die kommerziellen Repetitorien werden

Staatsexamen

Die Studienform des Staatsexamen ist in einigen Punkten überholt und muss an die Studienrealität angepasst werden.

Wir fordern:

- Leistungen die während des Studiums erbracht werden sollen im Staatsexamen eingebracht/berücksichtigt werden
- Stärkung der Grundlagenfächer
- Entkopplung des BAföG-Anspruchs von der Regelstudienzeit

Feminismus

Das juristische Studium ist durchsetzt von sexistischen Strukturen, was sich nicht zu Letzt in den Beispiel-, Übungs- und Klausurfällen widerspiegelt. Sehr häufig sind diese sexistisch und/oder heteronormativ und reproduzieren ein überholtes Bild von Geschlechterrollen. Zudem besteht kaum eine Sensibilisierung der Dozent*innen und Studierenden im Bezug auf die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache in Fällen, Hausarbeiten und Klausuren.

Damit einher geht eine systematische Benachteiligung von Frauen* im Laufe ihrer wissenschaftlichen Laufbahn.

Wir fordern:

- Die Abschaffung von sexistisch/heteronormativen Fällen im rechtswissenschaftlichen Studium
- Die Sensibilisierung von Dozent*innen und Studierenden im Bezug auf feministische und queere* Themen
- Die Stärkung und Förderung von Frauen* im juristischen Studium und in der Forschung

Aufarbeitung

Keine andere Wissenschaft steht bis heute noch so in der Tradition der Nazi-Diktatur und hat es versäumt eine sinnvolle und kritische Aufarbeitung dieser Zeit in einem angemessenen Rahmen zu fördern. Einige der wichtigsten juristischen

Kommentare, Bücher und Gesetzessammlungen tragen bis heute den Namen von führenden NS-Rechtswissenschaftler*innen. Dieser Missstand steht nur Beispielhaft für eine Reihe von Versäumnissen in der Rechtswissenschaft, welche dringend korrigiert werden müssen!

Wir fordern:

- Die Einführung eines Grundlagenfachs und die Förderung der Forschung zur kritischen Aufarbeitung der Nazivergangenheit in der deutschen Justiz und Gesetzgebung

Fakultätsinternes

Auch an der Fakultät selbst sehen wir einen enormen Handlungsbedarf in diversen Punkten.

Wir fordern:

- Ansprache und Sensibilisierung von Missständen in der Jura O-Phase, damit einhergehend muss eine Evaluation der O-Phase den entsprechenden Stellen zugänglich gemacht werden und die alternative O-Phase gestärkt werden
- Schnellere und gerechtere Korrektur von Klausuren
- Zwei Prüfungstermine pro Semester
- Staatsrecht I & II jedes Semester
- Stärkung des Zweifächer-Bachelor
- Weg vom monotonen und unreflektierten Jurastudium!

Ökologie und Nachhaltigkeit

Ökologie und Nachhaltigkeit begegnen uns auch im juristischen Studium immer wieder. Eine bewusste und sensible Auseinandersetzung ist nötig um auch zukünftigen Generationen ein qualitativ hochwertiges Jurastudium zu ermöglichen.

Wir fordern:

- Die Bereitstellung von Recycling-Klausurpapier in den Klausuren
- Eine bessere Verfügbarkeit und Ausdehnung des Online-Angebotes (Beck-Online; Juris; etc.)